

Die Bischöfe überbieten sich geradezu mit öffentlichen Stellungnahmen, seitdem ZEIT und »Spiegel« die Ergebnisse der Missbrauchsstudie vorab veröffentlichten. Die Deutsche Bischofskonferenz hatte sie in Auftrag gegeben, 27 deutsche Diözesen zwischen 1946 und 2014 waren untersucht worden. Mindestens 3677 Opfer hat es gegeben. Jeder will jetzt seinem Entsetzen ganz persönlich Ausdruck verleihen. Von Scham und Reue ist da die Rede, vom System jahrzehntelanger Veruschung, das es jetzt schonungslos und radikalstmöglich aufzuklären gelte. Die Worte sind bekannt. Sie wurden bei vergleichbar traurigen Anlässen in anderen Teilen der Welt von anderen Bischöfen, ja sogar vom Papst höchstpersönlich variiert und eingeübt. Matthias Katsch, Leiter der Opfer-Initiative »Eckiger Tisch«, sprach deshalb jüngst von einem »fast schon rituellen Erschüttern«. Dieses sei allein schon darum unglaublich, weil den Bischöfen das wahre Ausmaß des Missbrauchs bereits lange bekannt gewesen sein dürfte: »Alle tun überrascht«, so Katsch, »doch niemand ist verantwortlich.« Ist das so? Und wenn ja: Wie kann das sein?

Tatsächlich ist das mit der Verantwortung konkret so eine Sache: Wenn Bischöfe sich entschuldigen in diesen Tagen, dann nie für eigenes Fehlverhalten. Immer beugen sie stellvertretend im Namen der Kirche das Haupt. Dabei übersieht man leicht: Das eingestandene Versagen der Institution überstrahlt fast gänzlich das Schweigen über die Verantwortung des Individuums. Die Sünde erscheint in fast allen Stellungnahmen deshalb seltsam gesichtslos, namenlos, folgenlos.

Das ist nicht neu: Statt persönlich Zeugnis abzulegen oder über das konkrete Versagen von Mitbrüdern, Untergebenen, Vorbildern zu sprechen, flüchten Bischöfe sich gerne in Hilfskonstruktionen. Auf diese Pappkameraden lässt sich dann verbal wunderbar einprügeln. Da distanzierte man sich aufs Schärfste vom »falschen Klerikalismus« (Reinhard Kardinal Marx, München), von der »Haltung des Klerikalismus« (Bischof Felix Genn, Münster), vom »narzisstischen Klerikalismus« (Bischof Gregor Maria Hanke, Eichstätt) oder wendet sich wie Papst Franziskus nach einem Grand-Jury-Bericht über tausendfachen Missbrauch in sechs Bistümern im US-Bundesstaat Pennsylvania per Brief an das »Volk Gottes«: »Zum Missbrauch Nein zu sagen heißt, zu jeder Form von Klerikalismus mit Nachdruck Nein zu sagen.«

So sehr hat man sich an die stete Wiederholung des Immergleichen gewöhnt, dass man gerne übersieht: Die Volte, mit der Liberale wie Konservative seit einiger Zeit den Klerikalismus als Feindbild für sich reklamieren, ist durchaus bemerkenswert. Machten unter Benedikt XVI. Bischöfe eher die sündige Welt und den Relativismus dafür verantwortlich, dass die Menschen sich zunehmend abwenden von der Wahrheit des Katholizismus, scheint sich unter Franziskus der Wind rhetorisch ins Gegenteil gedreht zu haben. Nur zur Erinnerung: »Klerikalismus« war mal ein Kampfbegriff der radikalen Linken in der Kirche. Die klerikale Pracht- und Machtentfaltung an der Hierarchiespitze sollte mit ihm als Herrschaftsideologie enttarnt werden. Mit Franziskus – berühmt-berüchtigt dafür, seiner Kurie in regelmäßigen Abständen Demut einzubimsen – sickerte der Klerikalismus-Begriff jedoch in die kirchliche Mitte. Dort dient er nun als Universalerklärung für alles, was schief läuft in der Kirche. Dabei weiß jeder, der sich des Begriffs bedient: Nicht der Klerikalismus hat Kinder begnugsch, belästigt, vergewaltigt, sondern Kleriker haben sich vergangen. Nicht klerikale Strukturen vertuschten Taten und schützten Täter, sondern Personalreferenten, Generalvikare, Bischöfe, Kardinäle sind verantwortlich dafür.

Das heißt aber nicht, klerikale Strukturen seien Fantasiegebilde. Es gab sie und gibt sie wahrscheinlich noch. Sie können Missbrauch und Vertuschung begünstigen. Doch schaut man genauer hin, sind Strukturen immer menschengemacht. Und diese Menschen tragen Verantwortung, können sich versündigen

und schuldig werden. Schuld ist deshalb genauso wie Vergebung immer persönlich, konkret, individuell. Haben aus diesem Grund so viele Würdenträger sichtlich Panik, konkret zu werden? Reden sie darum lieber von Kirche, Institution und Struktur als von sich selbst? Dabei weiß doch jeder: Das »Mea culpa« lebt und atmet nur in der ersten Person Singular. Wieso also bleibt das bischöfliche Schuldbekenntnis auf halber Strecke stecken und verliert sich im »Wir«, statt sich zum »Ich« zu bekennen?

Angst kann eine Antwort sein. Wer gibt schon gerne zu, am Systemversagen mitgetan zu haben? Ein Bischof soll ja qua Selbstverständnis Beispiel sein für alle Normalo-Katholiken. Mitgefühl zeigen geht da gerade noch, auch ein allge-

meines Bekenntnis zum Sündersein ist drin – das wirkt menschlich, ohne es so recht zu sein. Aber Fehler zugeben, an sich selber zweifeln, Versagen eingestehen, das verträgt sich nicht mit dem Amtsverständnis. Das macht den Bischof scheinbar klein mit Hut, lässt ihn in seinen Augen dastehen vor der Welt wie einen Entscheidungsträger unter vielen. Und wie jeden Entscheidungsträger könnte man ihn dann für falsche Entscheidungen zur Schnecke machen.

Was sollen die Mitbrüder dann denken? Oder die Herde, die man führen soll? Das sind Schafe. Man selbst dagegen ist doch der Hirte. Der Gedanke, Hirten könnten selbst vertuschen, verschweigen, billigend wegsehen oder sich – Gott behüte! – gar versündigen am sündigen

Fleisch, kann im bischöflichen Selbstverständnis keinem Schäffchen zugemutet werden. Deshalb meint man als Bischof die Herde zu beschützen, indem man sich selber schützt.

Darum reden Bischöfe gerne mit Trauermine und dem Timbre des Mitgefühls, der Scham und der Reue in der Stimme darüber hinweg, dass man als Bischof ja nicht vom Himmel gefallen ist, sondern als Generalvikar, Regens, Weihbischof jahrzehntelang Teil des großen Systemversagens war. Da versucht jeder sich auf seine Art am rhetorischen Spagat, den Klerikalismus einerseits drastisch zu verteuflern, ohne sich andererseits selbst mitzumeinen damit.

So einmalig wie die Bischöfe tun, sind ihr Entsetzen und ihre Bekenntnis zur

Kollektivschuld jedoch gar nicht. Dahinter verbirgt sich ein eingespieltes Muster. Franziskus' Vorgänger Johannes Paul II. führte es als Innovation ein in den Katholizismus. Bis zu seinem berühmten »Mea culpa« zur Jahrtausendwende war es nämlich undenkbar, dass sich ein Papst im Namen der Kirche für die im gleichen Namen begangenen Verbrechen öffentlich entschuldigt. Die Institution als Gefäß der göttlichen Wahrheit, so eine verbreitete Auffassung bis dahin, könne gar nicht fehlen oder sündig sein. Das »Mea culpa« von Johannes Paul II. war insoweit ein Novum, das zu Recht weltweit Beachtung fand.

Dass es eher allgemeiner Natur war und die Sünden und Taten weder ausdifferenzierte noch Täter benannte, störte

dabei kaum. Das hat viel mit dem modernen katholischen Verständnis von Sündenbekenntnis und Buße zu tun. Beides gilt als hochprivate Angelegenheit zwischen Büßer und Gott, bei der das Opfer höchstens indirekt von Bedeutung ist. Öffentlichkeit stört da scheinbar nur.

Dass Bekenntnis und Buße lange anders gehandhabt wurden und die öffentliche Beichte über Jahrhunderte gängige Praxis war im Katholizismus, hat der Philosoph Michel Foucault zwar hinlänglich beschrieben. Doch dies ist mittlerweile in der katholischen Kirche weitgehend vergessen. Deshalb reagieren katholische Funktionsträger auch so allergisch, wenn man sie nach den Täternamen fragt. Genau die fehlen in der Studie der Deutschen Bischofskonferenz. Da unterstellt man lieber, wie Thomas Sternberg, Präsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK), allen, die einmal zu oft nach den Verantwortlichen fragen, sie wollten nur die Studie und das Leid der Opfer »sensationalistisch« ausschlagen.

Überhaupt ist in diesen Tagen in den entsetzten Bischofsworten viel die Rede von den Opfern. Diese werden vermeintlich wieder zu Opfern – Opfern der bösen Medien, die die Studie vorab veröffentlichten, bevor die Bischöfe sie in Fulda würdig präsentieren können. Und Opfer eines angeblich falsch verstandenen Aufklärungsinteresses, das von Erkenntnis nicht wissen will, sondern nach Personalisierung und Skandalisierung lechzt. Dabei schert man sich kaum um die Opfervertreter, die, wie Erika Kerstner von der Initiative Gewaltüberlebender Christinnen, die Vorabveröffentlichung begrüßen. Oder die wie Matthias Katsch vom »Eckigen Tisch« die »beleidigten Reaktionen« und das »große Kontrollbedürfnis« der Bischöfe beklagen. Dabei wollen die Opfer doch nur eines: dass die Kirche das mit der schonungslosen Aufklärung und Selbstkritik ernst meint. Dass sie Täter benennt und zur Rechenschaft zieht.

Wo wir gerade dabei sind: Was ist eigentlich von schonungsloser Selbstkritik zu halten, die nach wenigen Worten des Entsetzens im zweiten Schritt herausschreut, was man selbst Tolles geleistet hat im Bereich der Prävention? Die sich selbst bescheinigt, alles richtig gemacht zu haben? Immerhin ging bislang noch kein Bischof in der Öffentlichkeit so weit wie ZdK-Präsident Thomas Sternberg. Der klopfte im Deutschlandfunk sogar den Bischöfen verbal die Schulter und lobte grenzzynisch die kirchliche »Vorreiterrolle« im »schonungslosen« Umgang mit sich selbst. Dabei sind die Bischöfe zu den Präventionsmaßnahmen, deren sie sich heute rühmen, wie auch zu der aktuellen Studie erst gezwungen worden durch den Druck der Öffentlichkeit.

Noch windelweicher erweist sich die beschworene Schonungslosigkeit, wenn es um die theologischen Folgen geht, die man aus den neuen Erkenntnissen zu ziehen gedenkt. Sexualmoral und Zölibat? Da müsse man sich als Kirche den Fragen der Gesellschaft stellen, so der Passauer Bischof Stefan Oster in einer Videobotschaft auf Facebook. Doch wichtiger sei etwas anderes: »Ich frage mich, wo wir noch in unserer Kirche mit vollem Ernst der biblischen Wahrheit glauben, dass die Begegnung mit Jesus wirklich ein Leben heilsam verändern kann.« Nur was man der Gesellschaft antwortet, wenn die fragt, oder was »biblische Wahrheit« genau bedeutet auf Zölibat und Missbrauch gemünzt, das sagt Oster nicht. Das will er nicht sagen, weil er meint, die Gesellschaft wolle es gerade nicht hören.

Darum fallen seine wie auch viele andere Äußerungen der deutschen Bischöfe in diesen Tagen eher unter beredetes Schweigen und reuige Larmoyanz als unter Ehrlichkeit und schonungslose Selbstkritik. Immerhin: Der Kölner Kardinal Woelki unterschied sich auffallend von der Hirtenherde. Wenige Tage vor der Präsentation der DBK-Studie bei der Herbstvollversammlung in Fulda gab er bekannt: Die bundesweite Studie sei unzureichend, weil stichprobenartig »aufgrund des Umfangs der Akten«. Woelki kündigte an, eine eigene, unabhängige Studie für sein Bistum in Auftrag geben zu wollen. »Ungeschönt« und »ohne falsche Rücksichten« solle sie sein. Schöne Worte! Nur was ist dann die Studie der DBK, die vorgestellt wurde in Fulda?

Foto: S. Starick/Tierfotogatur/mauritus images; Jeclyn Lippelmann [M]



Sündenbock gesucht

Im Kampf gegen den Missbrauch in ihren Reihen haben die Bischöfe einen neuen Schuldigen gefunden: den »Klerikalismus«, die Selbstbezogenheit der Geistlichen. Ehrlichkeit und schonungslose Selbstkritik aber klingen anders – und sie hätten Folgen VON RAOUL LÖBBERT

Nicht reden, handeln!

Sieben Maßnahmen gegen Missbrauch durch Kleriker, die wirklich helfen würden
VON HANNES LEITLEIN UND MERLE SCHMALENBACH

1.

Entschädigt die Opfer

Bis zu 5000 Euro Entschädigung pro Person – diese Summe hat die Kirche den Missbrauchsoffern 2011 angeboten. Die Verbände der Betroffenen fanden das damals »schäbig«. Zwar lässt sich das Leid der Opfer nicht beziffern. Das ist aber kein Grund, es nur bei symbolischen Summen und warmen Worten zu belassen: »Routinemäßig abgespulte Entschuldigungen bringen uns Opfern nichts«, sagt Heiko Schnitzler vom Betroffenenverein »Eckiger Tisch Bonn«. »Entschuldigungen und Gebete sind nicht die Währung in dieser Gesellschaft, wenn es um Wiedergutmachung geht, sondern Geld.« Manche Opfer hat der Missbrauch so sehr aus der Bahn geworfen, dass sie die Schule oder später ihre Ausbildung abgebrochen haben. Sie kämpfen ein Leben lang mit den finanziellen Einbußen. Hier muss die Kirche einspringen. Das gilt auch für Therapiekosten, die von den Krankenkassen nicht gedeckt werden.

»Die beste Lösung wäre ein nationaler Fonds unter dem Dach der Deutschen Bischofskonferenz«, sagt der Kirchenrechtler Thomas Schüller von der Universität Münster. In diesem Szenario würden die reichen Bistümer freiwillig einen größeren Teil als die armen beisteuern – im eigenen Interesse: Schließlich unterscheidet die Öffentlichkeit nicht zwischen den einzelnen Bistümern. Steht ein Bistum in schlechtem Licht, trifft es die gesamte Kirche. Über die Vergabe des Geldes an die Opfer würde in diesem Modell ein unabhängiger Ausschuss – bestehend aus Laien – entscheiden. Dass es dazu kommt, ist allerdings unwahrscheinlich. »Die Kirche in Deutschland betreibt heute noch Kleinstaaterei wie im 18. Jahrhundert und wird es sicher nicht schaffen, sich auf ein so grundlegendes Konzept zu einigen«, sagt Schüller.

2.

Ermöglicht unabhängige Aufklärung

Die jetzt vorliegende Missbrauchsstudie genügt nicht den Anforderungen an das, was »lückenlose Aufklärung« genannt werden darf. 2010 beauftragten die 27 Bistümer auf Druck der Öffentlichkeit eine unabhängige Studie. Die Zusammenarbeit mit dem kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen wurde jedoch 2013 gestoppt. Der damalige Leiter, Christian Pfeiffer, erklärte damals, die Studie sei »an den Zensur- und Kontrollwünschen der Kirche gescheitert«. Er wehrte sich dagegen, dass die Kirche den gültigen Vertrag nachträglich mit dem Ziel ändern wollte, die Forschungstexte zu kontrollieren und ihre Veröffentlichung sogar völlig verbieten zu dürfen.

Die Bischofskonferenz wiederum beendete laut Stellungnahmen die Zusammenarbeit wegen »unüberbrückbarer Differenzen«. Eine Einigung bei Datenschutz und Persönlichkeitsrechten sei leider gescheitert, Pfeiffer habe laut Bischofskonferenz »Sprunghaftigkeit und mangelnde Seriosität« gezeigt. Die Bischofskonferenz gab eine neue Studie in Auftrag, die am vergangenen Dienstag in Fulda vorgestellt wurde, nachdem die ZEIT vor zwei Wochen erste Ergebnisse vorab veröffentlicht hatte. Bei dieser Studie hatten die Forscher keine volle Akteneinsicht, Kirchenmitarbeiter oder Anwälte der Bistümer gaben angeforderte Akten nur auf Nachfrage heraus. Die aufzuklärende Institution hat die Aufklärung kontrolliert. Will sie ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, muss die katholische Kirche jetzt alle Akten öffnen, im Vatikan, in den Bischofskonferenzen und in den Diözesen. Und sie muss unabhängige Experten das ganze Ausmaß ermitteln lassen.

5.

Macht nicht die Homosexuellen verantwortlich

Homosexualität wird in der katholischen Kirche nach wie vor verteuftelt. Die Suche nach einem Sündenbock ist deshalb auch 2018 schnell abgeschlossen: Die Homolobby war's! Doch dieses alte und homophobe Vorurteil führt nicht zu den Tätern, es stigmatisiert Unschuldige. Auch heterosexuelle und nicht pädophile Männer vergehen sich an minderjährigen Jungen. Das bestätigen auch die Forscher: Eine Ursache für Missbrauch sei die sexuelle Orientierung nicht.

Bei Missbrauch geht es nicht um Sex, sondern um sexualisierte Gewalt. Machtstrukturen, die derartige Übergriffe ermöglichen, gibt es unter Priestern aber durchaus, sagt etwa der Jesuitenpater und ehemalige Leiter des Berliner Canisius-Kollegs, Klaus Mertes, der 2010 mit dem Missbrauch in seiner Einrichtung an die Öffentlichkeit ging: »Ich spreche stattdessen von männerbündischen Netzwerken. Zu denen gehören auch Heteros.« Dem Homolobby-Vorurteil zu widersprechen, sich von diesen männerbündischen Netzwerken zu distanzieren und ihnen damit die Grundlage zu entziehen, wäre ein erster Schritt.

3.

Greift härter durch

Die Kirche ist nicht untätig, geht aber auch nicht entschieden genug gegen Missbrauchs-täter vor: 2001 erstellte der Präfekt der Glaubenskongregation, der spätere Papst Benedikt XVI., ein Schreiben zu schwerwiegenden Straftaten (»De delictis gravioribus«). Es empfiehlt dem Klerus, Missbrauchs-fälle den nationalen Strafrechtsbehörden zu melden. 2010 überarbeitete die Glaubenskongregation diesen Text und setzte die Verjährungsfrist für Missbrauch auf 20 Jahre herauf.

Im selben Jahr verschärfte die deutschen Bischöfe ihre »Leitlinien zum Vorgehen bei sexuellem Missbrauch«. Die Umsetzung dieser Leitlinien wird jedoch nur unzureichend kontrolliert. Zudem gibt es noch immer kirchliche Hindernisse, die eine Aufklärung erschweren: Dazu gehört die Norm c. 490 § 3 CIC des bischöflichen Geheimarchivs, die besagt, dass keine Akten aus dem Archiv an Dritte übergeben werden dürfen. »Dort sind jedoch alle Untersuchungsakten und sehr selten die Akten eines Strafprozesses zu Sexualstraftaten hinterlegt – was die Aufklärung von Missbrauchs-fällen erschwert«, sagt Thomas Schüller.

Hochproblematisch ist in diesem Sinne auch Can. 489 Paragraph 2 des Codex Iuris Canonici: Er besagt, dass Akten zehn Jahre nach einem Urteilsspruch oder dem Tod des beschuldigten Klerikers vernichtet werden müssen. Allerdings brauchen Opfer oft Jahrzehnte, bis sie sich mit ihrem Missbrauch auseinander setzen können. Die Royal Commission in Australien fordert deshalb eine mindestens 45-jährige Aufbewahrungspflicht der Akten.

6.

Hinterfragt den Zölibat

Inwiefern der Zölibat Priester zu Missbrauchs-tätern macht, ist umstritten. Die Missbrauchsstudie aber wirft nun erneut ein schlechtes Licht auf die Enthaltsamkeit: So wurden von den zölibatär lebenden Diözesanpriestern 5,1 Prozent des Missbrauchs beschuldigt, von den hauptamtlichen Diakonen, die heiraten dürfen, nur ein Prozent. Warum ist bei den Priestern der Bistümer die Wahrscheinlichkeit, Missbrauchstäter zu werden, so viel höher? Dieser Frage muss sich die katholische Kirche stellen – und den Zusammenhang widerlegen. Auch mit der Vermutung, das Priestertum ziehe vermehrt sexuell unreife Menschen an, wie sie etwa der Psychotherapeut Wunibald Müller äußert und wie es nun auch die Forscher der Studie vermuten, muss sie sich auseinandersetzen.

Nachdem bereits die australische Bischofskonferenz das Ende des Pflichtzölibats diskutiert, werden auch in Deutschland erste Stimmen lauter, etwa stellte der Frankfurter Stadtdekan Johannes zu Eltz die Pflicht katholischer Priester infrage, unverheiratet zu bleiben.

4.

Professionalisiert eure Strukturen

Intransparenz, Arroganz und Korpsgeist unter Pfarrern, Bischöfen und Kardinälen haben – wie die Studie zeigt – den Missbrauch in so großer Zahl und die Vertuschung überhaupt erst möglich gemacht. Die katholische Kirche muss diese Machtstrukturen überwinden. Zwar werden schon jetzt immer häufiger nicht geweihte Fachkräfte für zentrale Aufgaben engagiert, die letzte Entscheidungsgewalt aber liegt nach wie vor bei der immer kleiner werdenden Gruppe Geistlicher.

Ein Mittel, das in modernen Organisationen längst gang und gäbe ist, würde dagegen helfen: das Auditing – also eine unabhängige Kontrollinstanz für jede Ebene der Kirche, die überprüft, ob beispielsweise die »Leitlinien für den Umgang mit sexuellem Missbrauch« der Deutschen Bischofskonferenz auch umgesetzt werden.

Eine Kirche, die Laien mehr Einfluss verschaffte und ihnen Entscheidungskompetenz auch gegenüber Geistlichen gäbe, wäre gegen elitäre Grüppchenbildung unter Klerikern und damit auch gegen deren Vertuschungstendenzen geschützt. Anfangen könnte man ja mit einem Auditor an der Seite des Trierer Bischofs Stephan Ackermann, des Missbrauchsbeauftragten der Bischofskonferenz.

7.

Beruft eine Synode ein

Die Jugendsynode im Herbst wie geplant zu veranstalten, während weltweit über den Missbrauch von Minderjährigen diskutiert wird, mutet reichlich weltfremd an. Was es stattdessen dringend braucht, ist eine Synode zum Missbrauch – gerne unter Einbeziehung von Jugendlichen. »Das Thema betrifft die gesamte Weltkirche, auch wenn Kontinente wie Afrika oder Asien das nicht wahrhaben wollen«, sagt Thomas Schüller. Wie der Ablauf einer solchen Missbrauchssynode aussehen könnte, hat der britische Bischof von Portsmouth bereits in einem Brief an den Papst skizziert: Zunächst müsste ein Kongress stattfinden, der von den Bischöfen besucht, aber von Laien organisiert würde. Diese sollten eine besondere Expertise beim Thema Missbrauch vorzuweisen haben.

Die Ergebnisse des Kongresses könnten dann im Rahmen einer formalen Sitzung der Bischofssynode in Rom verwendet werden. Tatsächlich ist bislang aber nur ein Kirchengipfel zwischen dem 21. und 24. Februar geplant, bei dem Papst Franziskus die Vorsitzenden aller nationalen Bischofskonferenzen empfangen wird. Dieser Gipfel kommt fast ein halbes Jahr zu spät, es sind keine Laien zugelassen, und einige Teilnehmer sind selbst als Vertuschter vorbelastet.

IMPRESSUM

Redaktion:
Raoul Löbbert (Leitung),
Hannes Leitlein (Stellv. Leitung),
Merle Schmalenbach (Textchefin)
Fabian Klask, Andreas Öhler, Christina Rietz

Anschrift Redaktion:
Christ & Welt
Konstanzer Straße 64, 10707 Berlin
Telefon: (030) 88 71 43 83
E-Mail: redaktion@christundwelt.de
Internet: www.zeit.de/christundwelt

Anschrift Verlag:
ZEIT Credo GmbH
Speersort 1, 20095 Hamburg
Telefon: (040) 32 80 00

Geschäftsführer:
Dr. Rainer Esser, Patrik Schwarz (V.i.S.d.P.)

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, 64546 Mörfelden-Walldorf

Abonnement Deutschland:
Abonnement DIE ZEIT
52 Ausgaben € 275,60;
Studentenabonnement DIE ZEIT
52 Ausgaben € 174,20

Abonnementbestellung für die
Extraausgabe der ZEIT mit Christ & Welt:
Leser-Service, 20080 Hamburg
Telefon: (040) 42 23 70 70
Fax: (040) 42 23 70 90
oder **E-Mail:** abo@zeit.de

»Ich möchte Herrn Gauland nicht zuhören«

Der Evangelische Kirchentag lädt die AfD aus. Ein Gespräch mit Kirchentagspräsident Hans Leyendecker über seinen persönlichen Glauben, das katholische Frauenbild und rote Linien gegen rechts

Christ&Welt: Herr Leyendecker, als Aufdecker der Nation haben Sie bundesdeutsche Zeitgeschichte mitgeschrieben, von der Flick-Affäre bis zu Helmut Kohls Spendenaffäre. Dass Sie etwas mit Glaube, Kirche, Religion am Hut haben, ist den meisten Menschen unbekannt. Wie wurden Sie Präsident des kommenden Evangelischen Kirchentags in Dortmund 2019?

Hans Leyendecker: Ich bin gläubig, wahrscheinlich fängt es damit schon an. Früher war ich katholisch und wollte sogar eine Weile lang Priester werden. Und seit 1975 bin ich mit meiner Frau unterwegs auf Kirchentagen. Mein erster war in Frankfurt, und bis heute haben wir keinen ausgelassen.

C&W: Sie sind ein klassischer Kirchentags-Gänger, mit Rucksack und Regenjacke?

Leyendecker: Mit allem, was dazugehört, also auch mit Rucksack und Regenjacke. Nach dem Kirchentag in Dresden bin ich dann in die Präsidialversammlung gerutscht.

C&W: Wem danken Sie denn am Ende das Präsidentenamt?

Leyendecker: Frank-Walter Steinmeier. Er hatte für Dortmund 2019 das Amt übernommen. Als er dann zum Bundespräsidenten gewählt wurde, fragte ich mich schon: Wen nehmen die jetzt wohl für den Kirchentag? Und dann kam der Anruf.

C&W: Was haben Sie gesagt?

Leyendecker: Ich habe Nein gesagt.

C&W: Warum?

Leyendecker: Ich traute mir das nicht zu, ich weiß ja, wer vorher alles Präsident war, von Richard von Weizsäcker bis Erhard Eppler. Und so bin ich nicht. Das ging dann eine Weile hin und her. Am Ende habe ich Ja gesagt.

C&W: Kann der Kirchenmann Leyendecker etwas gebrauchen, was den Journalisten Leyendecker ausmacht?

Leyendecker: Ich bin kein Kirchenmann, sondern Laie. Ansonsten verbindet uns viel. Das fängt schon an mit der Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Sie spielt in der Theologie eine große Rolle und hoffentlich auch im Journalismus. Auf der Seite der Schwächeren zu stehen hat mich in beiden Rollen beschäftigt: Das Leben ist nicht bloß Gnade, die irgendjemandem irgendjemandem gewährt. Das wäre zu wenig. Menschen haben Rechte, für die

es sich einzusetzen lohnt. Und da ist natürlich auch die Suche nach Wahrheit, die hoffentlich Theologen und Journalisten antreibt.

C&W: Wie halten Sie's mit dem Predigen, in der Zeitung und in der Kirche?

Leyendecker: Da bin ich in beiden Fällen wenig missionarisch – auch wenn es natürlich Journalisten gibt, die für ihr Leben gern predigen. Und manche können das auch richtig gut.

C&W: Sie haben vorhin gesagt: »Ich bin gläubig.« Das so direkt zu sagen ist manchen Leuten peinlich. Warum sind Sie bisher nicht auffällig geworden mit Ihren christlichen Überzeugungen?

Leyendecker: Es hat nie jemand danach gefragt (lacht). Nur die Kollegen am Newdesk der »Süddeutschen Zeitung« wussten, dass sie mich sonntags erst gegen 10.30 Uhr anrufen konnten. Vorher war ich im Gottesdienst.

C&W: Sie haben erwähnt, dass Sie katholisch getauft sind, ehe Sie als Erwachsener evangelisch wurden. Sie sind auf eine Weise der erste Katholik an der Spitze des Evangelischen Kirchentags.

Leyendecker: Ich bin seit 50 Jahren in der evangelischen Kirche zu Hause, ich gehe aber weiter auch in katholische Kirchen, weil ich Volksfrömmigkeit mag und die Spiritualität der Katholiken. Ich bin also niemand, der mit der Kirche seiner Kindheit gebrochen hätte – aber ich schätze meine Freiheit als Protestant.

C&W: Wo ist Ihnen die katholische Kirche heute fremd?

Leyendecker: In ihrem Frauenbild. Ich bin auf ein Marianum gegangen, also eine katholische Schule, da fand Maria vollumfänglich statt. Aber Frauen einerseits auf ein Podest zu stellen und ihnen andererseits das Priesteramt zu verweigern – da kann ich nicht mitgehen. Die Folgen zeigen sich ja bis in den Alltag. Wenn eine Frau nach der Kaffeekanne greift, um sich einzuschenken, sagt der Bischof: Danke, ich möchte keinen Kaffee mehr. Und das war ein aufgeschlossener, moderner Bischof.

C&W: Was hat Sie letztlich aus Ihrer Kirche herausgeführt?

Leyendecker: Wir wollten kirchlich heiraten, aber das ging in den Siebzigerjahren nicht, weil meine Frau evangelisch war. Und wegen meiner Mutter wollte ich

lange Jahre nicht austreten, also übertreten. Und so hat es bis 2008 gedauert, bis wir schließlich Gottes Segen bekamen. Da waren wir aber schon 36 Jahre ein Paar.

C&W: Sie sind erst nach 2008 evangelisch geworden?

Leyendecker: Ich gehe seit 1970 in die evangelische Kirche, aber es stimmt: Form bin ich noch nicht lange dabei.

C&W: Das sind ja ganz moderne Lebens- und Glaubenswege. Und Sie sind damit ein sehr ökumenischer Christ, angesichts der Leichtigkeit, mit der Sie sich zwischen den Konfessionen bewegt haben. Wie zufrieden sind Sie mit der Annäherung zwischen Ihren beiden Kirchen?

Leyendecker: Auf dem Katholikentag im Frühjahr in Münster sah man doch: Das katholische Fußvolk ist viel weiter als seine Oberen. Und die katholische Basis erwartet von uns auch etwas: dass wir wirklich bei der Ökumene vorangehen und uns nicht mit Formeln wie »versöhnte Verschiedenheit« zufriedengeben. Einen solchen Prozess der Einigung hat es zwar auch innerhalb der evangelischen Kirche gegeben, aber wir brauchen mehr Tempo. Wir brauchen mehr gelebte Einheit.

C&W: Und was erwarten Sie von der evangelischen Kirche?

Leyendecker: Ich wünsche mir mehr protestantisches Selbstbewusstsein. Neulich hörte ich von einem Fall, wo sich um der lieben Ökumene willen Protestanten nicht mehr trauten, das Luther-Lied zu singen »Ein feste Burg ist unser Gott«. Es gibt auch falsche Rücksichtnahme.

C&W: Die Zeiten sind nicht einfach zwischen Protestanten und Katholiken ...

Leyendecker: Ich schätze und mag Heinrich Bedford-Strohm, unseren EKD-Ratsvorsitzenden, und ich schätze und mag Kardinal Reinhard Marx. Aber das Männerballett der beiden im Reformationsjahr, als die beiden so viele gemeinsame Auftritte hatten, hat uns nicht wirklich entscheidend nach vorn gebracht.

C&W: Weil sich beim gemeinsamen Abendmahl nichts getan hat, dem großen Streitpunkt?

Leyendecker: Das war doch eine unwürdige Situation auf dem Katholikentag dieses Frühjahr: Da bleibt der Bundesprä-

sident beim Eröffnungsgottesdienst sitzen während der Kommunion, weil er Protestant ist, seine Frau Elke Büdenbender, die katholisch ist, geht nach vorne, man selber bleibt sitzen, Wolfgang Thierse stößt einen an und wisper: Warum gehste nicht?

C&W: Was raten Sie?

Leyendecker: Dass wir an der Basis nicht immer die Beschlüsse der Obrigkeit abwarten müssen. Wir sollten drängen, wir sollten vorangehen.

C&W: Es gibt inzwischen auch vermehrt Kritik am Kirchentag. Ist es ungerecht, zu sagen, der Kirchentag gerate manchmal zu einem Festival der Selbstgerechtigkeit: Da versichern sich die bereits Überzeugten noch mal der Richtigkeit ihrer Überzeugungen?

Leyendecker: Der Kirchentag ist immer in der Verwandlung. Seine Gestalt ändert sich und muss sich ändern. Und manchmal sind wir schon selbstgerecht. Es ist nie genug, wenn man sich selbst genug ist. Mir wäre wohl, wenn auf dem Kirchentag in Dortmund mehr konservative Stimmen zu hören wären. Dunja Hayali etwa hat zugesagt – und mich interessiert, ob es nicht auch eine konservative Dunja Hayali gibt, die wir einladen könnten.

C&W: Dabei sind Sie selber seit 50 Jahren bekennender SPD-Wähler ...

Leyendecker: ... ich bin Willy-Wähler, seit Brandts Tagen. Ich wähle immer Willy, egal wie der Kandidat gerade heißt.

Fortsetzung auf Seite 4



Blau ist die Farbe der AfD – auf dem Kirchentag soll sie nichts zu suchen haben.



Das hat das Kirchentagspräsidium geändert

In seinem Beschluss von dieser Woche verschärft der Kirchentag seine Abgrenzungen gegen rechts aus dem Jahr 2016

» Der Deutsche Evangelische Kirchentag versteht sich als ein offenes Forum für faire Debatten über aktuelle Themen in Kirche und Gesellschaft. Angesichts der gegenwärtigen Diskussion über den Umgang mit Rechtspopulismus bekräftigt der Kirchentag seine Haltung: Es wird niemand wegen seines Parteibuches ein- oder ausgeladen.

1. Vortragende auf Kirchentagspodien werden aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz eingeladen.
2. Nicht eingeladen wird, wer sich rassistisch äußert.
3. Gleichermaßen nicht eingeladen werden Personen, die Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verbreiten, unabhängig davon, ob dies in offiziellen Statements oder in sozialen Medien und Netzwerken geschieht.

4. Auf dieser Grundlage werden Repräsentanten*innen der Alternative für Deutschland (AfD) nicht zur Mitwirkung auf Podien und zu Diskussionsveranstaltungen des 37. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Dortmund eingeladen. Eingeladen bleiben diejenigen, die sich in den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Themen und Debatten nicht wiederzufinden meinen und deshalb AfD wählen oder mit der Partei sympathisieren.

Begründung:

Der Kirchentag ist 1949 gegründet worden, um Menschen zu versammeln, zu bilden und zu stärken, die aus ihrem christlichen Glauben heraus Verantwortung für Gesellschaft und Kirche übernehmen. Er ist gegründet worden, um aus dem

Unheil der nationalsozialistischen Herrschaft und dem weitgehenden Versagen der Kirchen zu lernen und ein Forum der Widerstandskraft zu entwickeln, die in der biblischen Botschaft begründet liegt. Mit Blick auf die Gründungsidee des Kirchentages ist in der Frage der AfD Deutlichkeit geboten. Es gibt mittlerweile bei der AfD einen fließenden Übergang zum Rechtsextremismus und Verbindungen zu verfassungsfeindlichen Netzwerken.

Respekt und Klarheit sind Kernbestandteile des Kirchentages. Stets wurde in gegenseitiger Toleranz und Respekt über unterschiedliche Meinungen gestritten. Der Kirchentag will all diejenigen stärken, die sich für respektvolle Toleranz und Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen. Das meint aber auch: Keine Toleranz der Intoleranz.

Grün ist die Hoffnung: Hans Leyendecker will ein Zeichen gegen Rechtspopulismus setzen.

C&W: Und wie kommen Sie mit denen klar, die dann so rauskommen?

Leyendecker: Augen zu und an Willy denken.

C&W: Warum will aber ausgerechnet ein eingefleischter Sozi mehr konservative Stimmen auf den Kirchentag holen?

Leyendecker: Kirchentag ist immer Fenster zum Himmel und Tür zur Welt. Für mich ist die Begeisterung für den Glauben ganz wichtig, und wir werden ganz viele unterschiedliche Stimmen hören. Großartige Stimmen, wichtige Stimmen. Wir werden den Traum von einer gerechten Welt nicht aufgeben und auch denen zuhören, die das Gefühl haben, ihnen wird nicht mehr zugehört.

C&W: An welche Stimmen denken Sie da?

Leyendecker: Ich würde mich beispielsweise freuen, wenn Markus Söder käme, obwohl er sicher nicht nach dem Geschmack vieler Teilnehmerinnen ist. Und der Historiker Andreas Rödder aus Mainz, der dankenswerterweise bereits zugesagt hat, wird von manchen bereits als zu rechts gesehen. Wir brauchen wichtige konservative Stimmen für unsere Gespräche.

C&W: Sie haben sich vorgenommen, den Kirchentag aus seiner angestammten rot-grünen Ecke herauszuführen, und wünschen sich die Debatten dort wieder breiter. Trotzdem haben Sie jetzt im Präsidium den Entschluss gefasst, AfD-Politiker vom Kirchentag 2019 in Dortmund zu verbannen. Wie passt das zusammen?

Hans Leyendecker: Ob das mit der rot-grünen Ecke stimmt – darüber kann man streiten. Kirchentage haben im Laufe der Jahre ein unterschiedliches Gesicht gezeigt. Manchmal wurden dem Kirchentag auch schon seismografische Fähigkeiten nachgesagt. Ich will darüber nicht spekulieren, ob das für Dortmund gelten kann. Unser Beschluss jedenfalls hat zwei Teile: Wir laden Wähler und Sympathisanten der AfD ausdrücklich ein – nicht aber Repräsentanten der AfD.

C&W: Ist diese Unterscheidung nicht willkürlich?

Leyendecker: Nein, wir müssen mit Blick auf die Repräsentanten der AfD ein Zeichen setzen. Was in den vergangenen Wochen passiert ist, in Chemnitz und anderswo, passt nicht mehr zu einer Haltung, bei der wir sagen: Wir müssen offen für alles bleiben.

C&W: Beim letzten Kirchentag 2017 herrschte die entspannte Position, der AfD sei besser beizukommen, wenn man kein zu großes Aufhebens um sie macht. Chemnitz hat also bewirkt, dass Sie der AfD besondere Aufmerksamkeit verschaffen?

Leyendecker: So entspannt war 2017 nicht. Für die Medien jedenfalls war die AfD auch damals ein großes Thema. Und jetzt trennen wir zwischen denen, die unsere politische Ordnung als System verächtlich machen – laden aber diejenigen ein, die sich fragen, ob sie dort eine politische Heimat finden. Dem Kirchentag geht es ums Zuhören, aber ich möchte nicht Herrn Gauland zuhören.

C&W: Ist das nicht inkonsequent?

Leyendecker: Nein, das ist konsequent. Die AfD von heute ist doch nicht mehr die AfD von vor zwei oder vor fünf Jahren. Die AfD entwickelt sich rasend weiter nach rechts, die Radikalisierung der Partei schreitet voran. Schauen Sie sich doch an: Wer marschiert mit den Hass-

Trommlern von Neonazi-Gruppen, wer knüpft im Bundestag bewusst an nationalsozialistisches Gedankengut und Sprache an, wer diffamiert Menschen? Da darf der Kirchentag nicht stumm bleiben.

C&W: Wie erklärt sich der Widerspruch in Ihrem Beschluss: Einerseits heißt es dort »Es wird niemand wegen seines Parteibuches ein- oder ausgeladen«, andererseits sind AfD-Politiker ausdrücklich unerwünscht.

Leyendecker: Eingeladen wird man zum Gottesdienst, zur Bibelarbeit, zum Segen, und da wird niemand ausgeschlossen. Der Ausschluss gilt auf Podien, also bei Diskussionsveranstaltungen.

C&W: Herr Gauland ist also zum Eröffnungsgottesdienst eingeladen?

Leyendecker: Wenn er kommen will, wird er einen Platz bekommen.

C&W: Ihre Kollegen von der anderen Konfession, der Katholiken, haben 2016 in Leipzig AfD-Politiker ausgeschlossen, aber dieses Jahr in Münster einen AfD-Vertreter auf ein Podium eingeladen. Eine Begründung lautete: Die AfD sitzt inzwischen im Bundestag. Spielt es für Sie keine Rolle, dass die Partei gut genug ist für den Bundestag, aber nicht gut genug für den Kirchentag?

Leyendecker: Dass die AfD im Parlament sitzt, ändert doch nichts daran, dass sie auf dem Weg zu einem Frontalangriff auf die liberale Demokratie ist. Ich möchte niemanden auf einem Podium haben, der der Auffassung ist, die Demokratie muss weg. Das ist eben die Veränderung noch gegenüber 2017. Damals hatten wir noch die Vorsitzende der »Christen in der AfD« eingeladen, die aber bezeichnenderweise die Partei nach deren Radikalisierung verlassen hat.

C&W: Aber muss der Journalist in Ihnen nicht einräumen, dass die Parlamentsdebatten inzwischen wieder das Hinsehen lohnen, eben weil so grundsätzlich mit der AfD gestritten wird?

Leyendecker: Wenn Sie sich anschauen, was etwa der AfD-Abgeordnete Gottfried Curio an Hetzreden verbreitet, dann kann ich darin keine Bereicherung der politischen Debatte entdecken. Dass man argumentiert, endlich ist es nicht mehr so langweilig im Plenum, weil da jetzt richtig gehetzt wird – das kann ich nicht gelten lassen.

C&W: Einverstanden. Aber würden Sie denn bestreiten, dass der Erkenntnisgewinn in den Plenardebatten gewachsen ist, weil die Gegner der AfD dort gezwungen sind, ihre Argumente zu schärfen?

Leyendecker: Ich fand jetzt auch die Einlassung des SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs keinen Gewinn, Hass mache hässlich, und das könne man an den Gesichtern der AfD-Fraktion sehen. Mir missfällt aber noch etwas Grundsätzlicheres: dass sich die politische Debatte immer stärker darauf fixiert, wie wir uns jeweils zur AfD stellen. Das beobachte ich durchaus auch bei vielen Medien.

C&W: Thomas Sternberg vom Katholikentag hat deshalb gesagt: »Die AfD darf keine Gelegenheit bekommen, sich als Märtyrer zu inszenieren.« In der Folge war die Partei auf einem Katholikentagspodium vertreten.

Leyendecker: Ich schätze Thomas Sternberg. Aber ich warne davor, auf das Opfer-Märchen der AfD hereinzufallen.

KIRCHENTAG UND AfD

»Ich möchte niemanden auf einem Podium haben, der der Auffassung ist, die Demokratie muss weg.«



Hans Leyendecker

wurde 1949 in Brühl geboren. Er ist Präsident des 37. Deutschen Evangelischen Kirchentages. Leyendecker ist der erste ehemalige Katholik in diesem Amt. Er war erst 2008 in die evangelische Kirche übergetreten. Der profilierte Investigativ-Journalist arbeitete seit 1997 fast 20 Jahre lang für die »Süddeutsche Zeitung«. Ab Ende 1999 deckte Leyendecker die CDU-Spendenaffäre unter dem früheren Bundeskanzler Helmut Kohl auf. Leyendecker selbst ist SPD-Mitglied. Der Kirchentag in Dortmund (19. bis 23. Juni 2019) wird ein Heimspiel sein für den bekennenden Borussen, dessen BVB-Predigt zum Start der Bundesligasaison 2016 Christ&Welt dokumentierte.

Diese Partei wird sich immer als Opfer darstellen, ganz egal wie die demokratischen Kräfte sich verhalten. Und gleichzeitig sucht sie die ständige Provokation.

C&W: Machen Sie es der Partei nicht zu leicht, zu sagen: Der Kirchentag hält unsere Argumente nicht aus, er hält unsere Wahrheiten nicht aus, deshalb werden wir ausgegrenzt.

Leyendecker: Damit kann ich leben, denn wie es in unserem Beschluss heißt: »Eingeladen bleiben diejenigen, die sich in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Themen und Debatten nicht wiederzufinden meinen und deshalb AfD wählen oder mit der Partei sympathisieren.« Wir bauen also Brücken, damit die Gräben im Land nicht tiefer werden. Aber um eine Brücke zu bauen, brauche ich nicht Herrn Gauland.

C&W: Aber Sie bauen doch eine Mauer, keine Brücke, wenn Sie den Wählern der AfD sagen: Eure Politiker haben bei uns nichts verloren.

Leyendecker: Der Doppelbeschluss für Dortmund verbindet eben beides: ein klares Nein zu den AfD-Repräsentanten,

eine klare Einladung an alle, die sich in den politischen Debatten nicht wiederzufinden meinen. Das gilt auch für die Anhänger der AfD.

C&W: In den Zielen sind Sie sich mit dem Katholikentag sicher einig. Doch sind Ihre Kollegen in Münster nicht geschickter vorgegangen: Auf einem Podium mit den kirchenpolitischen Sprechern aller Bundestagsfraktionen war auch der AfD-Mann vertreten. Im Saal ging es zwei Stunden hoch her, auch war der Erkenntnisgewinn eher beschränkt, aber mehr Schaden ist der Demokratie doch nicht entstanden. Muss man die AfD nicht einfach ins Leere laufen lassen?

Leyendecker: Ich habe da eine ganz klare Überzeugung: Die Zeit der taktischen Manöver im Umgang mit der AfD ist an ein Ende gekommen. Um es ganz deutlich zu sagen: Manche Plädoyers für den Dialog mit der AfD sind aus meiner Sicht eher dem Wunsch geschuldet, sich aus taktischen Gründen einer politischen Stellungnahme zu entziehen. Da muss man Kante zeigen, Position beziehen. Diese Partei entwickelt sich nach knall-

rechts. Da ist es irgendwann ein notwendiges Zeichen, zu sagen: Kein Platz für Hetzer, kein Platz für Rassisten.

C&W: Wer ist eigentlich der Adressat dieses Zeichens?

Leyendecker: Das Signal geht an alle Besucherinnen und Besucher des Kirchentages. Und in die Gesellschaft hinein signalisieren wir damit: Es ist ein Punkt erreicht, an dem wir uns als Demokraten fragen müssen, ob wir diesen Demokratiefeinden nicht mehr entgegensetzen müssen, als wir es bisher getan haben. Der Kirchentag will alle diejenigen stärken, die sich für respektvolle Toleranz und Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen. Keine Toleranz der Intoleranz. Das steht in unserem Beschluss.

C&W: Aber es gibt doch kaum eine Klientel, die weniger AfD-geneigt sein dürfte als das Kirchentagspublikum.

Leyendecker: Da wäre ich mir nicht für alle unsere Besucher so sicher. Die populistische Versuchung kann durchaus auch in unseren Reihen Wirkung entfalten. Gerade deshalb bin ich aber der Überzeugung, dass in Dortmund auch Platz für Positionen sein muss, die weitab von meinen oder denen des Präsidiums sind.

C&W: Lassen Sie uns den Praxistest machen. Darf auf dem kommenden Kirchentag die Parole diskutiert werden »Merkel muss weg«?

Leyendecker: Ja, natürlich.

C&W: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland.«

Leyendecker: Das ist nicht meine Position, aber wenn der Kirchentag über den Islam und Deutschland nicht diskutiert, dann hätte er sein Ziel verfehlt.

C&W: »Medien bilden bloß den linken Mainstream ab.«

Leyendecker: Ebensowenig meine Meinung. Aber dafür ist der Kirchentag da: Wer das glaubt, soll bei uns Gelegenheit zum Gespräch und zum Streit haben.

Das Gespräch führte **Patrik Schwarz**.

Rein oder raus

Darf die AfD zum Katholiken- oder Kirchentag? Diese Frage wird mit jedem neuen Christentreffen diskutiert. Was bisher geschah VON ANDREAS ÖHLER

Wie umgehen mit einer Partei, die im Bundestag inzwischen die Oppositionsführung innehat und deren Werte sich in weiten Teilen mit der christlichen Ethik nicht vereinbaren lassen? Lädt man sie aus, um damit ein moralisches Zeichen zu setzen, unterstützt man deren Opferinszenierung. Bittet man sie zum Gespräch, erntet man die Empörung derer, die fordern, Fremdenfeindlichkeit und Demokratieverachtung dürften nicht auch noch ein Podium geboten werden. Ein Dilemma, das nach grundsätzlicher Klärung verlangt. Diese Klärung ist aber wiederum von vielen tagesabhängigen Opportunitäten bestimmt, von denen sich auch die Kirchen nicht gänzlich frei machen können.

Beim 100. Deutschen Katholikentag, der vom 25. bis zum 29. Mai 2016 in Leipzig stattfand, hatte das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) die AfD nicht eingeladen. Zentrale Themen des Katholikentages waren Migration und der Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und Europa. Es war die Blütezeit der Willkommenskultur, die AfD trug diese Politik nicht mit. Da die Veranstalter »den Rechtspopulisten keine Plattform bieten« wollten, blieben Parteivertreter der AfD außen vor. Das Medienecho war gewaltig. In Christ&Welt erschien ein Streitgespräch mit Alexander Gauland und dem Vorsitzenden des ZdK, Thomas Sternberg. Letzterer zeigte sich über die öffentliche Empörung überrascht, während der AfD-Vorsitzende frohlockte, diese Entscheidung des Ausschlusses habe ihm eher Wähler zugetrieben.

Diesen Fehler wiederholen wollten die Protestanten nicht. Beim 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin und Wittenberg (24. bis 28. Mai 2017) hieß es, AfD-Vertreter seien willkommen, wenn sie sich nicht vorher mit fremdenfeindlichen Reden in der Öffentlichkeit exponiert hätten. Die Vorsitzende der »Christen in der AfD«, Anette Schultner, durfte aufs Podium. Inzwischen hat sie die Partei verlassen. In einem Interview mit Christ&Welt klärte Margot Kaßmann, wie sie es mit der AfD zu halten gedenkt: »Ich bin eigentlich dafür, sich mit der AfD offen auseinanderzusetzen.« Wenn jemand mit seinen Worten die Menschenwürde verletze, wie etwa Alexander Gauland, dann seien die Grenzen überschritten.

Beim Katholikentag in Münster 2018 vollführte dann das ZdK die Kehrtwende: Thomas Sternberg plädierte nun für eine Mitwirkung der AfD. Nun durfte der kirchenpolitische Vertreter der AfD-Fraktion, Volker Münz, am 12. Mai mitdiskutieren zu der Frage: »Sag, wie hältst du's mit der Religion?« Im Interview mit dieser Zeitung verteidigte Sternberg die Entscheidung mit den Worten: »Intern waren wir immer einig, dass uns die Menschen, die diese Partei wählen, wichtig sind, die Partei selber nicht.« Im Februar 2018 äußerte sich der ZdK-Vorsitzende in der Tageszeitung »Neue Westfälische«, dass er einen Beschluss der katholischen Kirche zur Abgrenzung von der Partei AfD für sinnvoll halte.

2016 raus, 2018 rein – dieser Schlingerkurs ist keine katholische Spezialität. Die Evangelische Kirche in Deutschland macht es gerade umgekehrt. Anders als bei der Vorgängerveranstaltung in Berlin/Wittenberg soll beim Kirchentag zu Dortmund 2019 kein offizieller Vertreter der AfD mehr auf einem Podium auftreten dürfen. Wie es die Katholiken und Protestanten wohl beim Ökumenischen Kirchentag 2021 halten?



Fotos: Catharina Hess/SZ Photo/picture alliance; Stephan Schuetzer/DEK

Der Kirchentag 2019 setzt auf positive Botschaften.



Romano Guardini war einer der wichtigsten christlichen Denker des 20. Jahrhunderts – und ein begeisterter Europäer.



Warum ich Europäer bin

In Zeiten des aufstrebenden Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit hilft nur eins: sich an die Werte und Vordenker Europas zu erinnern.

Eine wiederentdeckte Rede des Priesters und Gelehrten ROMANO GUARDINI

Ich irre wohl nicht, wenn ich denke, dem eigentlichen Europa sei der absolute Optimismus, der Glaube an den allgemeinen und notwendigen Fortschritt fremd. Die Werte der Vergangenheit sind in ihm noch so lebendig, dass es zu empfinden vermag, was auf dem Spiele steht. Es hat schon so viel Unwiederbringliches untergehen sehen; ist in langen mörderischen Kriegen so schuldig geworden, dass es fähig ist, nicht nur die schöpferischen Möglichkeiten, sondern auch das Risiko, ja die Tragik der menschlichen Existenz zu empfinden.

In seinem Bewusstsein steht gewiss die Mythengestalt des Prometheus, der das Feuer vom Olymp holt, aber auch die des Ikarus, dessen Flügel die Sonnennähe nicht aushalten und der stürzt. Es kennt die Durchbrüche der Erkenntnis und der Eroberung, glaubt aber im Grunde weder an Garantien für den Gang der Geschichte noch an Utopien von allgemeinem Weltglück. Dafür weiß es zu viel.

So glaube ich, die am wenigsten sensationelle, aber am tiefsten ins Wesentliche führende Aufgabe, die Europa zugewiesen ist, sei die Kritik an der Macht. Nicht negative Kritik, weder ängstliche noch reaktionäre; aber ihm sei die Sorge um den Menschen anvertraut, weil es dessen Macht nicht als Gewähr sicherer Triumphe, sondern als Schicksal erlebt, von dem dahinsteht, wohin es führen werde.

Europa ist alt. Früher schien es, als sei im Bilde Asiens der Charakter des Alters am stärksten ausgeprägt – damals, als man noch von seiner Zeitlosigkeit sprach. Heute scheint es sein Alter zu verleugnen und zu einer neuen, wohl großartigen, aber auch gefährlichen Jugend aufzuste-

hen. Europa hat die Neuzeit geschaffen; hat aber den Zusammenhang mit der Vergangenheit festgehalten. So sind in sein Antlitz, neben den Zügen der Schöpferschaft, die einer jahrtausendlangen Erfahrung eingezeichnet.

Die ihm vorbehaltene Aufgabe liegt, so denke ich, nicht darin, dass es die Macht, die aus Wissenschaft und Technik kommt, steigere – obwohl es natürlich auch das tun wird –, sondern diese Macht bändige.

Europa hat die Idee der Freiheit – des Menschen wie seines Werkes – hervorgebracht; ihm wird es vor allem obliegen, in Sorge um die Menschlichkeit des Menschen, zur Freiheit auch gegenüber seinem eigenen Werk durchzudringen.

Ja, Europa wird fähig sein, auch die Frage zu stellen, ob es dem Menschen überhaupt erlaubt sei, über den anderen Menschen Macht zu üben. Den anderen Menschen, der kein Es-Wesen, sondern ein Ich, Person ist. Eine späte Frage, die sich erst klar formuliert, wenn viel Geschichte durchlebt ist. In Europa hat der Mensch unabsehbare Schuld am Menschen auf sich geladen, unabmessbares Unheil angerichtet; auch muss er sehen, wie anderswo aufgrund der von ihm geschaffenen Möglichkeiten dem Menschen unausdenkliche Gewalt angetan wird – so hat er die Voraussetzung dafür, jene Frage zu stellen; und nicht als nur theoretisches Problem, sondern als Sache der wirklichen Lebensführung.

Sobald diese Vergegenwärtigung nicht mehr empfunden wird, ihr Anspruch nicht mehr glaubhaft ist, wird aus der echten Herrschaft die Gewalt, gegen die sich das Freiheitsgefühl auflehnt.

Es gibt aber noch eine andere Form, wie Macht geübt wird, nämlich die des

Dienstes. Damit ist nicht die Unterordnung des Schwächeren gemeint; dieser Dienst ist im Gegenteil Sache der Stärke, die sich für das Leben verantwortlich fühlt – für alles das, was Leben heißt – Mensch, Volk, Kultur, Ordnung des Landes und der Erde. Das alles – noch einmal gesagt – nicht in der Ohnmacht der Schwäche, sondern in der Überlegenheit der Kraft; legitimiert ebenfalls durch göttlichen Auftrag, aber in einer Weise, die nicht »Majestas« ausdrückt, sondern – wenn dieses verpönte Wort wieder zu Ehren gerufen werden darf – »Demut«. Dienende Stärke, die will, dass die Dinge der Erde recht werden.

In dieser Form der Machtübung ist kein Glanz, keine Erhabenheit, sondern schlichte Sachlichkeit. Aber vielleicht ist es das, was die überall sich rührende Revolution eigentlich meint, denn auch der heutige Mensch will gültige Ordnung, hinter der Macht steht – aber eine Ordnung, die dient. Das zu erkennen und zu leisten könnte ebenfalls Aufgabe Europas sein – des gleichen Europa, das so viel Gewalt geübt und leer gewordene Majestät in Anspruch genommen hat.

Wird aber eingewendet, das sei eine ethische Utopie, so wollen wir uns daran erinnern, wie viele Utopien Vorformen von Realitäten gewesen sind.

Freilich, das Europa, von dessen Aufgabe wir gesprochen haben, ist noch nicht da.

Es war von einem Gesetz die Rede, wonach der um einen soziologischen Bereich herum entstehende Randdruck bewirkt, dass die in diesem Bereich liegenden Teilgebiete sich zusammenschließen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass das Wort »Gesetz« angesichts geschichtlicher Vorgänge nur in uneigenti-

cher Weise gebraucht werden kann. Es ist kein Ausdruck von Notwendigkeit, sondern eine Form sinnvollen Geschehens. In der Geschichte einen Prozess zu sehen, der mit Notwendigkeit in bestimmten Formen verlief, ist ein verhängnisvoller Irrtum. Die Geschichte ist kein Naturvorgang, sondern menschliches Geschehen. Das vollzieht sich nicht von selbst, sondern muss gewollt werden.

»Europa« ist etwas Politisches, Wirtschaftliches, Technisches – vor allem aber eine Gesinnung. Dem Werden dieser Gesinnung stehen starke Hindernisse im Wege. In der primitiven Mentalität – die aber bis in unsere ganze Gegenwart hineinwirkt – gilt die Formel: Das andere, Fremde ist das Verkehrte, das Bedrohliche, ja das Feindliche. Diese kulturpsychologische Formel hat auch eine staats-theoretische Anwendung erfahren: Danach ist der Staat jenes Gebilde, das Feinde haben kann. Auch Freunde; vor allem aber Feinde. Die Formel erinnert uns daran, wie stark die Widerstände gegen solche Vorgänge, wie die Bildung einer echten europäischen Gesinnung, sind und wie viel noch geschehen muss.

Um nur eine Aufgabe zu nennen, an der die Größe des zu Leistenden deutlich wird: Dass Europa werde, setzt voraus, dass jede seiner Nationen ihre Geschichte umdenke; dass sie ihre Vergangenheit auf das Werden dieses großen Lebensgestalt hin verstehe. Welches Maß an Selbstüberwindung und Selbstvertiefung aber bedeutet das!

Romano Guardini hielt diese von Christ & Welt in Ausschnitten dokumentierte Rede nach der Verleihung des Praemium Erasmianum zu Brüssel am 28. April 1962.

Mein Guardini

Am 1. Oktober jährt sich der Todestag Romano Guardinis zum 50. Mal. Die ungeheure Bandbreite seines Schaffens sowie seine Rolle als spirituelle Leitfigur einer neuen bündisch-katholischen Jugendbewegung und als Liturgiereformer bezeugen seine Bedeutung für die Theologie und die Institution Kirche im 20. Jahrhundert. 1885 in Verona geboren, übersiedelte er mit seiner Familie ein Jahr später nach Mainz. Dort verbrachte er seine Kindheit und Jugend. In späteren Jahren hat ihn diese Doppelpprägung nach eigenen Worten gerade dazu prädestiniert, sich als Europäer zu definieren. Eine Sinnkrise wegen eines gescheiterten Nationalökonomie-Studiums machte ihn 1908 zum Priesterseminaristen in Mainz, der Priesterweihe folgte die Promotion. Von 1923 bis 1939 bekleidete er die Professur für Religionsphilosophie und Katholische Weltanschauung an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität (heute Humboldt-Universität), bis die Nationalsozialisten ihm die Lehrerlaubnis entzogen. Erst 1945 nahm Guardini in München seine Lehrtätigkeit erneut auf. Mich fasziniert, wie visionär Romano Guardini das Projekt Europa bereits vor 94 Jahren erfasste und betrieb. »Überall öffnen sich Grenzen und fluten fremde Kulturbereiche ein«, schrieb er damals. Als ihm 1962 der Erasmuspreis zuerkannt wurde, hielt er seine programmatische Rede »Warum ich Europäer bin«. Diese Rede ist auch der Guardini Stiftung ein Gradmesser bei ihren zukünftigen interdisziplinären Projekten zur Förderung des Dialogs von Kunst, Wissenschaft und Glauben.

Michael Rutz ist Präsident der Guardini Stiftung e. V. Am 1. Oktober 2018 wird Erzbischof Heiner Koch in der Berliner Kirche St. Ludwig zu Ehren Guardinis, dessen Seligsprechungsprozess im Dezember 2017 begonnen hat, ein Pontifikalamt zelebrieren.



Fotos: bpa/Bayerische Staatsbibliothek/Felicitas Timpe; baana/istock/Getty Images; Ljupco Smolovski/istock/adobe.com [P]; Markus Lohal

ANZEIGE



JETZT AM KIOSK

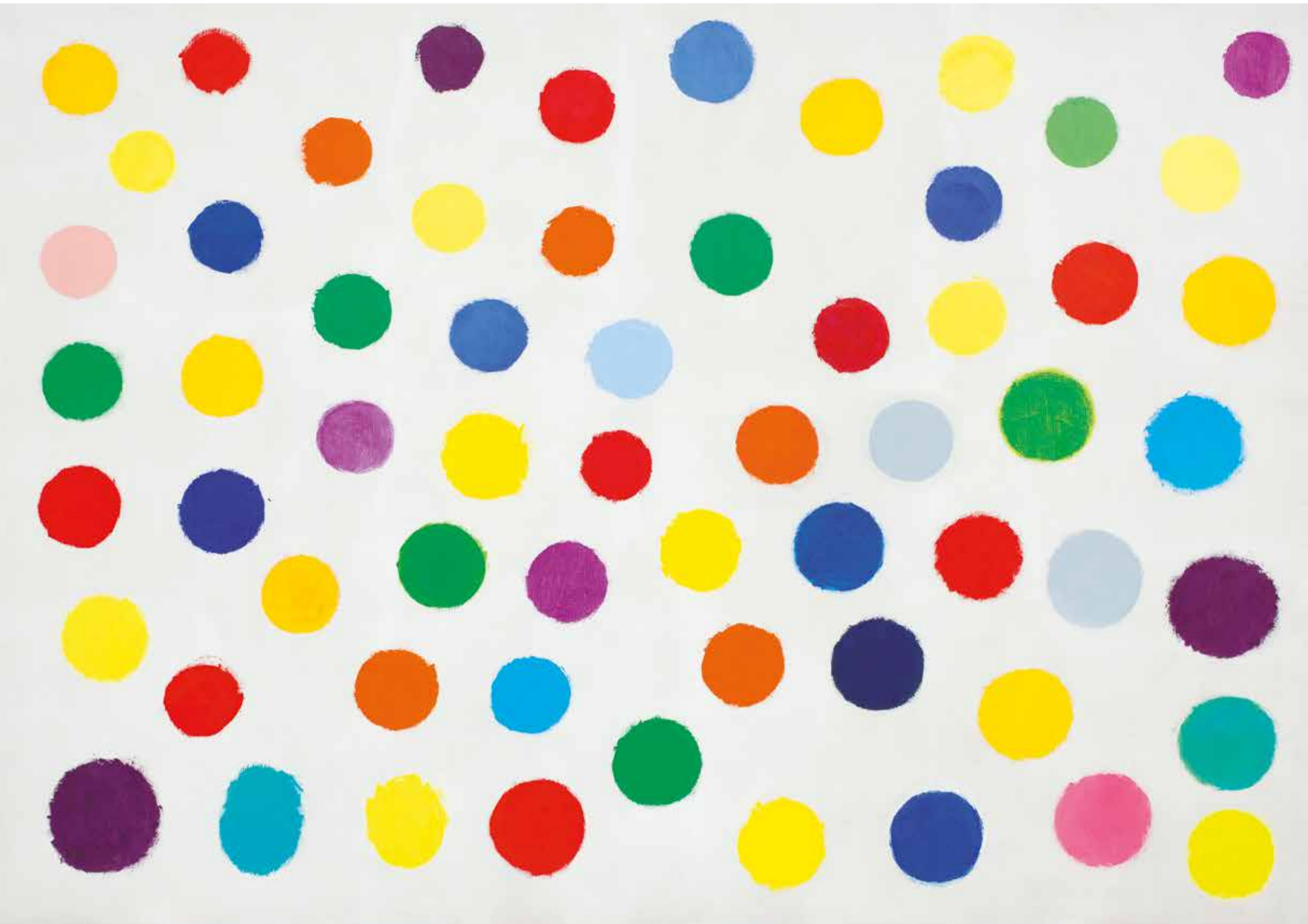
ODER HIER GRATIS TESTEN!

WIE DIE DEUTSCHEN IHRE NATION ERFANDEN

Was ist deutsch? Diese Frage bewegt im 19. Jahrhundert die ganze Nation. Die Brüder Grimm und ihre Sprache. Richard Wagner und die Nibelungen. Das Barbarossadenkmal im Kyffhäusergebirge. ZEIT GESCHICHTE zeigt, wie Dichter und Denker die deutsche Nation erfinden – in Mythen, Märchen und Sagen.

Jetzt bestellen: www.zeit.de/zg-gratis

ZEITGeschichte



SAMMLUNG
EIN BILD,
EIN SATZ,
EIN WUNDER



Heute kuratiert
von **Florian Schuller**

Seine Empfehlung:
**Jerry Zeniuk:
Victorius (2012)**

Warum haben Sie
dieses Bild ausgewählt?

»Vom Sieg der Farbe
über das Chaos:
geschenkte Zukunft.«

Kurator im Monat September
ist **Florian Schuller**,
Direktor der Katholischen
Akademie in Bayern.

Fotos: Wolfgang Puffer, Catharina Hess/Sueddeutsche Zeitung Photo/picture alliance, Hannes Leitem, Alfred Schüssler/dieKleiner.de [M], Kulturrat der EKD: Petra Bahr

LUFT NACH OBEN

Warum statt wie viel

Mitgliederzahlen sind nicht alles VON HANNA JACOBS

Und wie viele kommen da so?«, werde ich in letzter Zeit häufig gefragt. Mal mit Skepsis, mal mit hoffungsvoller Erwartung, und meistens ahne ich, dass mein Gegenüber möglichst keine Zahl unter 300 hören möchte. »Ach so«, sagen sie dann, wenn ich eine Zahl deutlich unter 300 nenne, »das sind ja nicht so viele.«

Viel hingegen sind die etwa 3000 Gemeindeglieder, aus denen eine durchschnittlich große evangelische Kirchengemeinde besteht. In den meisten Fällen würden sie nicht alle gleichzeitig in ihr jeweiliges Kirchgebäude passen, doch das erwartet auch keiner. Es ist grob geschätzt, aber nicht unrealistisch, wenn man davon ausgeht, dass ein Pfarrer etwa 98 Prozent seiner Zeit auf die Vorbereitung oder Durchführung von Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen aufwendet, an denen 98 Prozent der Gemeindeglieder gar nicht teilnehmen. Landauf, landab finden Bibelgesprächskreise mit fünf Teilnehmerinnen statt und, ohne meinen Kolleginnen und Kollegen die Frühstückselektüre vermiesen zu wollen, die Anzahl der Gottesdienstbesucher ist auch nur am Heiligabend dreistellig. Ausnahmen bestätigen hier erfreulicherweise die Regel.

Betriebswirtschaftlich lohnt sich das alles nicht. Weder die kleine Neugründung noch das große Mutterschiff. Es muss andere Kriterien dafür geben, was in der Kirche lohnenswert ist. Es muss konkreter nachgedacht und verabredet werden, was wichtig ist und wo man dementsprechend Zeit und Geld investieren möchte. Und wann man die Investition dieser Ressourcen als erfolgreich betrachtet. Wie definiert man Erfolg,



*Der Reichtum
der Kirche hat
wenig mit den
Mitglieder-
zahlen zu tun.*

wenn die demografische Entwicklung alles den Bach hinuntertreibt?

Die Zahlen sind schlecht – so viele Kirchenmitglieder wie jährlich versterben werden weder hineingetauft, noch treten sie ein oder über. Der Anteil der als katholisch oder evangelisch registrierten Christen in Deutschland wird vermutlich weiter sinken. Obwohl ich die Erste wäre, die sich freute, wenn ich da falsch läge.

Nach der kapitalistischen Logik des »Je mehr, desto besser« ist das eine Bankrotterklärung. Doch der Reichtum der Kirche hat, theologisch gesehen, wenig mit den aktuellen Mitgliederzahlen zu tun. Er zeigt sich vielmehr dann, wenn selbstlos denen geholfen wird, die sich nicht selber helfen können. Ein Seitenblick zurück zur Wirtschaft zeigt wiederum: Längst gibt es Unternehmerinnen, wie die Textilfabrikantin Sina Trinkwalder, denen neben

Gewinn auch Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung wichtig sind. Zahlen sprechen eben doch nicht einfach für sich. Eine Kirche, die weiß, was ihr wichtig ist, und darauf ihre Kraft verwendet, kann auch bei kleiner Mitgliederzahl gesellschaftlich relevant sein. Gerade auch kleine Gruppen können Ausstrahlung gewinnen und in ihrem Umfeld Veränderung bewirken. Die Frage »Warum macht ihr das?« bringt übrigens viel weiter als die Wieviel-Frage. Beide Seiten.

Hanna Jacobs (30) ist Pfarrerin im »raumschiff.rubr«, einem Gemeindepionierprojekt in Essen. Im Wechsel mit der katholischen Theologin Alina Oehler schreibt sie, wie sie als junge Geistliche ihre Kirche verändern will.

Folge 39: Sitzordnung

Zwei Themen sind tabu: Religion und Politik. Dieses ungeschriebene Gesetz gehört zur bürgerlichen Etikette wie das Silberbänkchen zum Messer. Die Messerbänkchen sind von den meisten Tischen verschwunden wie das weiße Linnen. Das vermeintliche Gesprächstapu für gelungene Geselligkeit steht immer noch in jedem Ratgeber. Die Gespräche sollen harmonisch bleiben, der Ton milde, heiß soll nur die Suppe sein. Was wäre, wenn aus dem Schweigegebot eine Regel würde und aus dem Setting ein Programm? Einfach mal in geselliger Runde über Politik reden, über den eigenen Glauben, über die Zukunft der Kirche und über die Abwesenheit Gottes, über Fragwürdiges und Beunruhigendes? Warum nicht ein paar Leute einladen, um über die Zukunft der eigenen Stadt, der Nachbarschaft oder

des Landes zu reden? Vielleicht wird dabei die Suppe kalt. Doch die Sehnsucht nach diskreten Räumen ist groß. Endlich mal ins Offene reden, aber vertraulich. Das wäre es. Keine Kommentarspalten, keine Likes, kein Publikum, das die eigenen Aussagen bewertet wie einen Toaster. Das gilt besonders für Leute, die mit ihrem Beruf in der Öffentlichkeit stehen. Was wäre, wenn daraus eine Bewegung entstünde, eine Bewegung geselliger Freundinnen und Freunde der Demokratie? Klingt pathetisch. Aber ab und zu schadet das nichts.

Deshalb verwandelt sich unser Pfarrhaus dann und wann in ein kleines Bürgerforum. Leute, die sich immer schon kannten oder noch nie begegnet sind, treffen sich. Verschiedene Berufe, Erfahrungen, Herkunft, mehrere Generationen. Ein Thema ist



FOTOTAGEBUCH EINER BISCHÖFIN

gesetzt. An der Sitzordnung knobeln der Pfarrmann und ich wie vor unserer Hochzeit. Und sind jedes Mal wieder beglückt und angeregt, um sieben Fragen und drei Antworten bereichert.

Über Religion kann man streiten. Manchmal bis tief in die Nacht. Über Politik muss man streiten. Das ist das Wesen des Politischen. Ist doch auch viel interessanter, wenn man nicht nur um mehrere Stimmen erweiterte Selbstgespräche führt. Da soll es ruhig mal laut werden. Denn es gibt nur zwei Regeln: Der Tischnachbar oder die Frau gegenüber mögen sich irren, aber sie haben das gleiche Recht, ihre Position zum Ausdruck zu bringen. Das ist Demokratie in Tischformat: der Widerstreit, in dem die andere Seite vielleicht in dieser einen Frage der Gegner, aber niemals der Feind ist. Im Alltag bleibt so wenig Zeit

für echte Kontroversen, dafür, ein Problem von fünf Seiten anzusehen. Gefühle sind ja oft Gedanken, für die man sich noch keine Zeit genommen hat. Ein Raum für Argumente, fürs Zuhören, für das komplizierte Sowohl-als-auch. Was wäre, wenn eine neue Wohnzimmerbewegung entstünde? Setzen wir uns über Großmutterns feine Regel hinweg. Alle Demokratiebewegungen begannen so. Pfarrhäuser sind nicht die einzigen vier Wände, die Türen und Tische haben.



Petra Bahr ist Landessuperintendentin für den Sprengel Hannover. In ihrer Kolumne hält sie ihren Alltag in Wort und Bild fest.

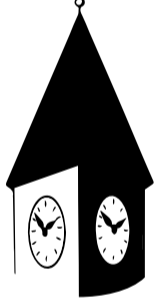
SO GEHT'S AUCH

Ganz sicher unerwartbar

In Bochum gewinnt die Kirche mit Kultur an Boden VON ANDREAS ÖHLER

Draußen in der Welt nennt man das, was Thomas Wessel macht: Intendant. In der evangelischen Landeskirche Westfalen heißt das Pfarrer. Der 54-Jährige hat keine Kirchengemeinde zu betreuen, er beerdigt und traut nicht. Was er aus der Taufe hebt, sind Kulturveranstaltungen. Die Bochumer Christuskirche ist als »Kirche der Kulturen« inzwischen ein wichtiger Anlaufpunkt der dortigen Kulturszene.

Wessel bezeichnet sich als Kulturprotestant und sieht sich in der theologischen Folge von Paul Tillich oder Karl Barth. Bei jenen meint Kulturarbeit erweiterten gottesdienstlichen Auftrag. Mission, das war gestern. Heute muss es den Kirchen darum gehen, wieder Boden zu gewinnen im öffentlichen Raum. Boden gutgemacht im buchstäblichen Sinn hat Thomas Wessel, als er zusammen mit der Stadt über die Umgestaltung des 3000 Quadratmeter großen Areals rund um die Kirche beriet und den berühmten Konzeptkünstler Jochen Gerz zur Mitarbeit gewann. Der machte aus der hässlichen Brache den »Platz des europäischen Versprechens«. Ein langwieriges Projekt. »14.726 Menschen aus ganz Europa«, sagt Wessel, »gaben diesem Platz ihre Namen und sich selber ein persönliches Versprechen.« Die Namen wurden in Stein geätzt. Der Platz bildet einen Kontrapunkt zu dem alten Kirchturm der Christuskirche, der die Zerstörung überstand und in dem heute in der ehemaligen Heldengedenkhalle Weltkonzerte zur Versöhnung zwischen den Menschen stattfinden.



*Antisemitische
oder rassistische
Kunstbeiträge
werden strikt
abgelehnt.*

Dieser Geist hat in der Christuskirche Tradition: Bis zu seiner Flucht vor den Nazis 1939 war der jüdisch-christliche Pastor Hans Ehrenberg hier Gemeindepfarrer, ein wichtiger Vertreter der Bekennenden Kirche. Ihm zu Ehren wird der Ehrenberg-Preis an Menschen vergeben, die eine »protestantische Position in der öffentlichen Auseinandersetzung« vertreten. Vieles darf künstlerisch ausprobiert werden, nur in einem lässt Thomas Wessel keine Kompromisse zu: Im Sinne Ehrenbergs werden antisemitische oder rassistische Kunstbeiträge strikt abgelehnt. Dass die Intendantin der Ruhrtriennale eine israelfeindliche Band zu den diesjährigen Festspielen einlud, habe auf keinen Fall passieren dürfen.

Im Nachkriegsbau, einem nüchternen Kirchenraum mit einem Kneipentresen und einem Glaskubus, werden kleinere Formate wie das beliebte musikalische Experimentierfeld »urban urtyp« ausprobiert. Ganz sicher unerwartbar will das Programm sein. Außer der Sichtbarkeit des Kreuzes gibt es keine liturgische Vorgaben. Das ist nicht in allen Kulturkirchen so, von denen es nach den neuen evangelischen kulturpolitischen Leitlinien mehr geben soll. Auf die Frage, ob denn auch von Gott die Rede ist, erzählt Wetter gerührt von einer Sängerin, die ins Publikum rief: »Haltet fest an eurer Liebe!« Darauf trat andächtige Stille im Saal ein. »Wäre der Satz von mir gekommen, hätten die Leute gesagt: Das klingt aber jetzt pfäffisch.«

Haben Sie von einer ungewöhnlichen Idee in Ihrer Gemeinde gehört? Bitte schreiben Sie an redaktion@christundwelt.de.